

# Masseverbindlichkeiten in der vorläufigen Eigenverwaltung



Entscheidung des BGH vom 22.11.2018 (Az.: IX ZR 167/16)



- Die schuldnerische GmbH beantragte am 21.01.2014 die Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung.
- Am 24.01.2014 ordnete das Insolvenzgericht vorläufige Eigenverwaltung nach § 270a InsO an, ermächtigte die schuldnerische GmbH zur Fortführung des Geschäftsbetriebs und bestellte den Kläger zum vorläufigen Sachwalter.
- Die Schuldnerin führte ihren Betrieb in der vorläufigen Eigenverwaltung fort und zahlte insgesamt 86.384,84 € Lohn- und Umsatzsteuer an das Finanzamt, das Kenntnis vom Insolvenzantrag hatte.
- Am 01.04.2014 wurde das Insolvenzverfahren eröffnet, die Eigenverwaltung nach § 270a InsO angeordnet und der Kläger zum Sachwalter bestellt.
- Der Kläger forderte das Finanzamt zur Erstattung der Zahlungen auf, da diese nach § 130 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 InsO anfechtbar seien. Das Finanzamt lehnte eine Erstattung ab, sodass Klage erhoben wurde.
- Das erstinstanzliche LG lehnte eine Erstattungspflicht des Finanzamts ab, das OLG hingegen verpflichtete das FA zur Zahlung. Das in zweiter Instanz unterlegene Finanzamt legte daher die Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) ein.

# Entscheidung des BGH



- Das beklagte Finanzamt ist zur Rückzahlung nach § 143 Abs. 1, § 130 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 InsO verpflichtet.
- Durch dieses Urteil entschied der BGH die Frage, ob die in vorläufiger Eigenverwaltung nach § 270a InsO vom Schuldner begründeten Steuerverbindlichkeiten, Masseverbindlichkeiten sind und ob der eigenverwaltende Schuldner im Verfahren nach § 270a InsO zur Begründung von Masseverbindlichkeiten ermächtigt werden kann.
- Sofern Steuerverbindlichkeiten Masseverbindlichkeiten darstellen, entfällt die für die Anfechtung notwendige Gläubigerbenachteiligung i. S. d. § 129 InsO, da die Masseverbindlichkeiten aus der Insolvenzmasse ohnehin vorweg zu befriedigen wären (§ 53 InsO).
- Der BGH hat klargestellt, dass der Schuldner nur dann Masseverbindlichkeiten eingeht, wenn diese auf Grundlage einer Ermächtigung des Insolvenzgerichts begründet wurden → hier lag keine solche Ermächtigung vor.
- Eine solche Ermächtigung sei in der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270a InsO gemäß § 22 Abs. 2 S. 1 InsO i.V.m. § 21 Abs. 1 S. 1 InsO grundsätzlich möglich.



## Argumentation des BGH:

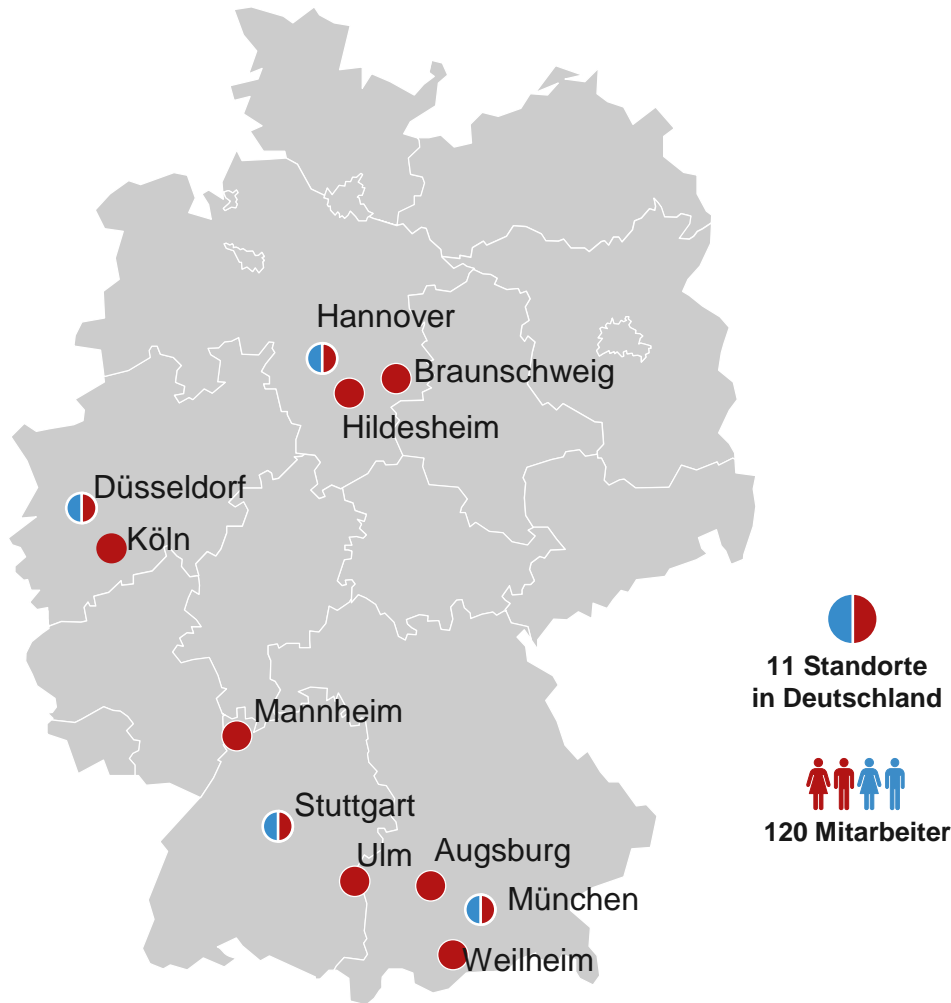
- Gemäß § 55 Abs. 2 InsO begründet nur der verfügungsbefugte, sog. starke vorläufige Insolvenzverwalter originär Masseverbindlichkeiten. Eine analoge Anwendung dieser Vorschrift auf den Schuldner in vorläufiger Eigenverwaltung scheide jedoch aus:
  - Die Positionen seien insbesondere mangels insolvenzspezifischer Befugnisse des Schuldners im Eröffnungsverfahren nicht vergleichbar.
  - Die Sonderregelungen der §§ 270b Abs. 3, 55 Abs. 2 InsO stelle eine von der gerichtlichen Ermächtigung abhängige Privilegierung des Schuldners im Verfahren nach § 270b InsO dar, in die Rechtstellung eines starken vorläufigen Verwalters zu gelangen. Eine umfassendere Rechtsmacht des Schuldners in der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270a InsO durch Verzicht auf das Ermächtigungserfordernis sei unbillig.
- Steuerforderungen der Beklagten gelten auch nicht gemäß § 55 Abs. 4 InsO als Masseverbindlichkeiten.
  - Keine direkte Anwendung mangels Handlung bzw. Zustimmung eines vorläufigen Insolvenzverwalters.
  - Keine analoge Anwendung auf das vorläufige Eigenverwaltungsverfahren, da nach Diskussionen zwischen Bundesrat und Bundesregierung bei Einführung der §§ 270a, 270b InsO bewusst auf eine entsprechende Erweiterung des § 55 Abs. 4 InsO verzichtet wurde, sodass eine planwidrige Regelungslücke fehlt.
- Bestehe ein praktisches Bedürfnis zur Begründung von Masseverbindlichkeiten, stelle die auch im Verfahren nach § 270a InsO gegebene Möglichkeit der gerichtlichen Einzelermächtigung eine angemessene Lösung dar, die ihre Rechtsgrundlage laut BGH in §§ 270 Abs. 1 S. 2, 21 Abs. 1 S. 1 InsO findet. § 270b Abs. 3 InsO stünde dem nicht entgegen.


# Folgen für die Praxis



- Die in der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270a InsO gezahlten Steuern können nach Insolvenzeröffnung vom Sachwalter wieder zur Masse zurückgefordert werden, soweit die Voraussetzungen der §§ 129 ff. InsO im Übrigen vorliegen. Das Finanzamt kann seine Steuerforderungen danach nur im Rang des § 38 InsO zur Insolvenztabelle anmelden.
- Dies führt zu einer Stärkung der Liquidität des vom Schuldner fortgeführten Unternehmens und zur Gleichbehandlung aller Insolvenzgläubiger bzw. zum Schutz der übrigen Insolvenzgläubiger durch Vermeidung eines Fiskusprivilegs.
- Der Fall zeigt erneut den legislativen Harmonisierungsbedarf zwischen Steuer- und Insolvenzrecht, da Geschäftsführer aufgrund der drohenden persönlichen Haftung nach §§ 34, 69 AO derzeit gehalten sind, in der vorläufigen Eigenverwaltung die Steuerverbindlichkeiten zu zahlen, während der Sachwalter diese später anzufechten hat.
- Der BGH stellt zudem klar, dass auch in der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270a InsO eine Ermächtigung zur Begründung von Masseverbindlichkeiten nach § 21 Abs. 1 S. 1 InsO möglich ist, wodurch die Befugnisse des eigenverwalteten Schuldners und damit letztlich der Geschäftsleitung in der Eigenverwaltung „bis zur Grenze der Rechtsmacht eines starken vorläufigen Verwalters gemäß § 22 Abs. 1 InsO ausgedehnt werden“ können (Rn. 15). Die Tatsache, dass in § 270b Abs. 3 InsO im Gegensatz zu § 270a InsO eine ausdrückliche Ermächtigung zur Begründung von Masseverbindlichkeiten vorgesehen ist, stünde dem nicht entgegen (Rn. 16).

# anchor Rechtsanwälte / anchor Management



 **anchor** – spezialisiert auf  
MANAGEMENT

- Interim Management in Sonder-, Krisen- und Insolvenzsituationen auf Geschäftsführungs- und Vorstandsebene (CEO, CFO und CRO)
- Eigenverwaltung / Schutzschirmverfahren
- Umsetzung von strategischen, finanziellen und operativen Restrukturierungsmaßnahmen und -konzepten.

 **anchor** – spezialisiert auf  
RECHTSANWÄLTE

- Insolvenzrecht mit Schwerpunkten in den Bereichen Krisenberatung und Sanierung sowie Eigen- und Insolvenzverwaltung, Treuhand-Modelle und Liquidationen.

# Unsere Standorte

## **Augsburg**

Schießstättenstraße 15  
86159 Augsburg  
Tel. +49 821 25272-50  
Fax +49 821 25272-51  
augsburg@anchor.eu

## **Braunschweig**

Adolfstraße 13  
38102 Braunschweig  
Tel. +49 531 7021157-0  
Fax +49 531 7021157-5  
braunschweig@anchor.eu

## **Düsseldorf**

Kasernenstraße 1  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 136534-0  
Fax +49 211 136534-29  
duesseldorf@anchor.eu

## **Hannover**

Gruppenstraße 2  
30159 Hannover  
Tel. +49 511 353955-0  
Fax +49 511 353955-11  
hannover@anchor.eu

## **Hildesheim**

Bismarckstraße 13  
31135 Hildesheim  
Tel. +49 5121 28992-0  
Fax +49 5121 28992-11  
hildesheim@anchor.eu

## **Köln**

Dürener Straße 270  
50935 Köln  
Tel. +49 221 4306321-0  
Fax +49 221 136534-29  
koeln@anchor.eu

## **Mannheim**

L 9, 11  
68161 Mannheim  
Tel. +49 621 12796-0  
Fax +49 621 12796-11  
mannheim@anchor.eu

## **München**

Prinzregentenstraße 78  
81675 München  
Tel. +49 89 287881-0  
Fax +49 89 287881-29  
muenchen@anchor.eu

## **Stuttgart**

Kronprinzstraße 16  
70173 Stuttgart  
Tel. +49 711 284266-0  
Fax +49 711 284266-29  
stuttgart@anchor.eu

## **Ulm**

Syrmlinstraße 38  
89073 Ulm  
Tel. +49 731 9380779-0  
Fax +49 731 9380779-20  
ulm@anchor.eu

## **Weilheim**

Kirchplatz 9  
82362 Weilheim i. OB  
Tel. +49 881 901090-0  
Fax +49 881 901090-60  
weilheim@anchor.eu

